

Asientag 2016

Das Thema des diesjährigen, vierten Asientages (16. April 2016), durchgeführt wie stets in der Alten Feuerwache in Köln, umfasst wichtige Bereiche der Aktivitäten der Stiftung Asienhaus und der beteiligten Vereine und Programme für die kommenden zwei Jahre: Ungleichheiten, Extraktivismus und soziale und zivilgesellschaftliche Bewegungen im ‚Windschatten des Wachstums‘. Das Programm, in das nicht nur die Stiftung, das Philippinenbüro und die Südostasien-Infostelle eingebunden waren, sondern auch zahlreiche weitere Organisationen wie unter anderem urgewald, die Asienhaus



Hochschulgruppe der Uni Bonn, terre des hommes, PowerShift und World Rainforest Movement, war offensichtlich so attraktiv, dass mit über 150 Teilnehmer_innen deutlich mehr Interessierte als bei den ersten drei Asientagen gekommen waren. Darunter waren viele, die sich bislang noch nicht oder nicht intensiv mit den Entwicklungen in Asien und den vielfältigen und spannenden Beziehungen zwischen Europa und Asien beschäftigt hatten.

Die rasante Entwicklung, die asiatische Länder in den vergangenen Jahrzehnten als Werkbank der Welt und Powerhaus weltwirtschaftlichen Wachstums gemacht haben, hat gleichzeitig erhebliche wirtschaftliche, soziale, ökologische und politische Verwerfungen hervorgebracht. Viele Menschen profitieren nicht von den Versprechungen durch Modernisierung und Wachstum. Im Gegenteil: Die Einkommensgegensätze werden vielerorts größer und neue soziale Ungleichheiten entstehen. Die Ausbeutung natürlicher Rohstoffe und der enorme Landbedarf für den Anbau sogenannter „boom crops“ wie Palmöl oder Zuckerrohr zerstören die Lebensgrundlagen lokaler Gemeinschaften. Im Windschatten des Wachstums verstärken sich so bestehende Herausforderungen und entstehen neue.

Die Produktion von Ungleichheiten

Auf einige der zentralen Verwerfungen und Herausforderungen ging die Publizistin und Dozentin Christa Wichterich in ihrem Einführungsvortrag ein: Zwar sank die Zahl der ganz Armen in Asien – in China mehr, in anderen Ländern wie Indien weniger. Und dennoch ist Asien immer noch der Kontinent mit der höchsten Zahl von Armen - und der höchsten Zahl von Dollar-Millionären. Das auf die Steigerung des Bruttoinlandsprodukts beschränkte kapitalistische Wachstum auf



der Grundlage einer weitreichenden wirtschaftlichen Liberalisierung bezog seine Dynamik unter anderem aus der Exportproduktion, dem Tourismus, dem Anbau und Abbau natürlicher Ressourcen. Doch der Wirtschaftsboom hat kaum Umverteilung gebracht. Soziale Ungleichheiten nehmen zu, was wiederum ein großes soziales Konfliktpotential darstellt.

Es sind vor allem migrantische Arbeiter_innen - allein in China beispielsweise 250 bis 300 Millionen -, junge Frauen vom Land, die in der Textilindustrie als „billige“ gefügte Arbeiterinnen schufteten, Leiharbeiter_innen, Hausangestellte und Pflegepersonal, die dieses Wachstum schaffen. Sie werden in den Arbeitsmarkt, in die Exportproduktion, ja in den Weltmarkt eingebunden, aber unter ausbeuterischen Bedingungen, die ihnen kaum eine dauerhafte Verbesserung ihrer Lebensbedingungen erlauben - eine „paradoxe Integration“.

Extraktivismus

Einige der acht Vortrags- und Diskussionsrunden konkretisierten diese Entwicklungen am Beispiel des ‚Hungers nach Ressourcen‘. So spielt in der Mongolei, Gastland des Asia Europe People’s Forums AEPF Anfang Juli, an dessen Ausrichtung die Stiftung Asienhaus beteiligt ist, der Bergbau eine zentrale Rolle – und ist ein Beispiel für die sogenannten Rohstoffpartnerschaften, die die deutsche Industrie mit ressourcenreichen Ländern abschließt. In Indonesien fußt die Entwicklungsstrategie nach wie vor auf der industriellen Ausbeutung von Naturressourcen. Programme wie REDD, die durch eine Reduzierung von Emissionen aus Entwaldung und Degradierung von Wäldern einen Beitrag gegen den Klimawandel leisten sollen, gefährden die Regenwälder und die lokalen Gemeinschaften und Indigenen (siehe Workshop-Bericht). Und die Arbeit von Hausangestellten und Pflegepersonal, die häufig durch Migrantinnen ausgeübt wird, bezeichnet Christa Wichterich als „Sorgeextraktivismus“ durch wohlhabendere Haushalte und Länder gegenüber ärmeren Haushalten und Ländern.

Bei dieser Ressourcenausbeutung und der Expansion der darauf aufbauenden transnationalen Wertschöpfungsketten spielen regionale Entwicklungsbanken wie die Asian Development Bank, ADB, und neue Finanzinstitutionen wie die von China ins Leben gerufene Asian Infrastructure Investment Bank, AIIB, eine Schlüsselrolle, beispielsweise beim Ausbau der dafür erforderlichen Infrastruktur (Siehe Workshop-Bericht). Wie an mehreren Beispielen gezeigt wurde, stoßen sie dabei häufig gegen ihre eigenen sozialen und ökologischen Standards, ihre Projekte haben gravierende Auswirkungen wie Vertreibungen, Umweltzerstörung und einen wachsenden Einfluss globaler Konzerne.

Bewegungen

Das Stichwort ‚Bewegungen‘ bezeichnet zum einen die zunehmende Mobilität und Migration – sowohl innerhalb von Ländern als auch zwischen Ländern und Regionen (siehe Workshop-Bericht). Es bezeichnet auch die ständige Verlagerung von Standorten, beispielhaft in der Textil- oder der Schuhindustrie. Die Dialektik von struktureller Gewalt der ständigen Expansion, die Kosten reduzieren will, des Widerstands gegen dadurch verursachte Umweltzerstörungen oder miserable Arbeitsbedingungen, und des Kampfes um höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen treibt eine ständige Verlagerung und Abwanderung

in ärmere Regionen, beispielsweise nach Myanmar, voran, wo sich die gleichen Prozesse „paradoxa Integration“ wiederholen.

Gleichzeitig nehmen Konflikte und Widerstand zu, eine Entwicklung, die Christa Wichterich bereits in ihrem Einleitungsbeitrag aufgriff. Eines der Beispiele dafür war der Kampf indigener Gruppen und ethnischer Minderheiten in den Philippinen gegen vielfältige Diskriminierungen. Viele Regierungen reagieren darauf, indem sie zunehmend autoritärer und repressiver werden – gegen unabhängige Gewerkschaften, gegen Bewegungen von Studierenden, gegen den Widerstand gegen Landnahme, usw. usf. So drohen auch in Myanmar, wo nach den Wahlen 2015 Chancen für eine demokratische Entwicklung bestehen, Rückschläge angesichts zahlreicher ungelöster Konflikte, Diskriminierungen und zunehmender Unzufriedenheit mit den negativen Auswirkungen des Dogmas von ‚Modernisierung und Wachstum‘, das mit der Demokratisierung Einzug gehalten hat.

Eingeschränkte Handlungsspielräume



Diese Entwicklung war auch Thema des Abschlusspodiums. In China, Kambodscha, Indien und anderswo werden die Spielräume für soziale und zivilgesellschaftliche Organisationen und Bewegungen durch neue Gesetze und Restriktionen eingeschränkt, was auch ausländische Entwicklungsorganisationen, Stiftungen und Projekte trifft. Kristin Kupfer von merics, Anselm Meyer-Antz von Misereor und Benedikt Frank, Gewerkschaftssekretär von ver.di und mit der unabhängigen Gewerkschaftsbewegung in Kambodscha vertraut, diskutierten diese bedrohliche Entwicklung. Sie kann als Antwort auf die wachsenden Widersprüche und Ungleichheiten, die die kapitalistische Entwicklung in diesen Ländern hervorbringt, gesehen werden. In zivilgesellschaftlichen Organisationen und sozialen Bewegungen, die diese Widersprüche und Ungleichheiten thematisieren, sehen Machthaber daher eine potenzielle oder sogar reale Bedrohung. Notwendig, so die Runde, seien unter anderem verstärkte Überlegungen

europäischer Regierungen, Organisationen und Zivilgesellschaft, wie solch autoritären Tendenzen, die die Errungenschaften politischer und sozialer Kämpfe – selbst wenn sie in einigen Ländern nur gering sind – in Frage stellen, begegnet werden könnte. (Uwe Hoering)

Berichte aus Workshops

ADB, AIIB & Co: Geld für Entwicklung

Über Jahrzehnte hinweg haben zivilgesellschaftliche Organisationen und Entwicklungsbanken wie die Asian Development Bank (ADB) und die Weltbank Umwelt- und Sozialstandards erarbeitet – teils kooperativ, teils konfrontativ. Doch die Banken versagen auf breiter Front bei der Umsetzung dieser sozialen und ökologischen Sicherheitsmechanismen, stellte Titti Soentoro (Action, Inspire Impactful, Indonesien) fest. Regina Richter (Urgewald, Deutschland) erörterte die fatalen Folgen, die die Finanzierung des Bergbaus im fragilen Ökosystem der Mongolei hat, Wen Bo (Global Greengrants Fund, National Geographic Air, China) erklärte, wie der Investitionsdrang chinesischer Bürger nationale Umwelt- und Sozialschutzmaßnahmen ignoriert. Nachhaltigkeit muss schneller, ökonomischen Wachstum den Vortritt lassen und das Thema Verantwortung verliert sich im globalen Dickicht der Immunität der Banken. Deswegen gibt es auch erhebliche Zweifel, dass die 2016 gegründete Asian Infrastructure Investment Bank (AIIB) sich anders verhalten wird. (Joanna Klabisch)



Internationale Klimaschutzpolitik auf Abwegen

Der Mechanismus REDD (Reduzierung von Emissionen aus Entwaldung und Degradierung von Wäldern) und der Emissionshandel sind die umstrittensten Teile der Verhandlungen im Rahmen der UN-Klimakonvention UNFCCC. Larry Lohmann, der für ‚The Cornerhouse‘ arbeitet, zeigte die Paradoxe auf, die damit einhergehen. Ein Beispiel ist die nicht vorhandene „Ware“, die gehandelt wird, nämlich der Kohlenstoff-Ausstoß, der **ohne** REDD-Projekte erfolgen würde. Weiterhin werden Konflikte verschärft, etwa der Landraub, indem Plantagen, die ihren CO₂-Ausstoß mit REDD-Zertifikaten verringern möchten, mehr Land für REDD-Projekte benötigen.

Jutta Kill, World Rainforest Movement (WRM), machte darauf aufmerksam, dass Emissionsgutschriften nie konfliktfrei sind und alle REDD-Programme, die WRM untersucht

hat, nicht die Ursachen großflächiger Waldzerstörung adressierten, sondern sich auf Änderungen kleinbäuerlicher Praktiken konzentrierten. Im Hintergrund von REDD-Projekten gehe es häufig um Macht, Zugang zu Land und politische Interessen. *(Andrea Höing)*

Staatenlos – Flucht und Zwangsarbeit in Südostasien

In der Inselwelt Südostasiens geraten viele Flüchtende und Migranten in die Falle der Zwangsarbeit, sei es auf Fischereikuttern, in Fabriken oder auf Plantagen. Kriminelle Netzwerke und Schlepperbanden verdienen mit der Not der Menschen Milliarden, viel zu oft entziehen sich die Regierungen und Wirtschaftsunternehmen ihrer Verantwortung. Die Staaten zeigen keine Bereitschaft, die Flüchtenden zu integrieren, sondern sehen sich als Transitländer. Unternehmen, wie zum Beispiel die am Pranger stehende Fischindustrie in Thailand, reagieren auf den Druck der EU, menschenrechtliche und ökologische Standards zu verbessern, indem sie auf neue Märkte ausweichen.

Zwangsarbeit und Menschenhandel werden sich nur durch mehr Transparenz und Sorgfalt im Lieferkettenmanagement bekämpfen lassen, und dafür, so das Fazit von Monika Schlicher, Stiftung Asienhaus, sind verbindliche Richtlinien notwendig. Konkret unterstützt terre des hommes staatenlose Kinder und Familien, die in der Bergregion Nordthailands leben, bei der legalen Beschaffung der Staatsbürgerschaft. Denn ohne Dokumente, so Stephanie Gantert, sind Staatenlose recht- und schutzlos der Ausbeutung ausgesetzt. *(Monika Schlicher)*

„Myanmar nach den Wahlen - Perspektiven für eine erfolgreiche Transition“

Der Workshops setzte sich mit den Chancen für eine demokratische Entwicklung Myanmars sowie den Risiken für ihr Scheitern auseinander. Zum einen stellt der Einfluss des Militärs, der trotz erfolgtem Regierungswechsel weiterhin besteht, einen wesentlichen Risikofaktor dar. Nichtsdestotrotz wurde hervorgehoben, dass eine langfristige politische Stabilität des Landes nur dann gewährleistet werden könne, wenn die Nationale Liga für Demokratie (NLD), die jetzt die Regierung und den Präsidenten stellt, mit dem Militär kooperiert. Entscheidend für die weitere Entwicklung sind auch die gegenwärtigen Friedensverhandlungen, die damit eng zusammenhängende Frage des Föderalismus und die Einschätzung, inwieweit Aung San Suu Kyi bereit ist, die ethnischen Minderheiten am demokratischen Übergang zu beteiligen. Eine zentrale Rolle spielt dabei auch die NLD als politische Organisation, die jahrelang unter der Repression der Militärregierung „stagnierte“, kaum Kompetenzen entwickeln konnte und heute vor einem Mangel an ausgebildetem Personal steht. Eine spannende Frage auch, wie viel Zeit die Bevölkerung der NLD geben wird, ihre hochgesteckten Erwartungen zu erfüllen. *(Nina Beltram)*

"Indonesien: Bewegung gegen Umweltzerstörung und Kommerzialisierung"

Die Entwicklungsstrategie der Regierungen in Indonesien fußt nach wie vor auf der industriellen Ausbeutung von Naturressourcen. Gleichzeitig gewinnt Indonesien als Absatz- und Investitionsmarkt für deutsche und europäische Unternehmen an strategischer Bedeutung. Aber auch der Widerstand gegen Umweltzerstörung und Ausbeutung wächst. Aryani Willems von Saraswati Kultur sprach über die Protestbewegung Bali Tolak Reklamasi, die sich gegen die geplante Landgewinnung aus dem Meer für ein touristisches Großprojekt richtet. „Wir sollten der Erde zuhören und sie nicht für Geld oder Macht vergewaltigen.“ Und

die Initiative „Wasser ist Leben“ tritt mit gelebter Solidarität durch Theater der Umweltverschmutzung des Toba-Sees in Sumatra entgegen. Zum Einstieg des Workshops gab es eine Szene aus der 'Opera Batak', mit der die Theaterregisseurin Lena Simanjuntak die Menschen informieren und aktivieren will, zum Abschluss sangen indonesische AktivistInnen mit dem Publikum den Protestsong 'Bali Tolak Reklamasi' - bei dem man einfach mit einstimmen musste. (Stefanie Hess)



„Indigene in den Philippinen zwischen Selbstbestimmung und Diskriminierung“

In Asien sind die Philippinen nach Burma das Land mit dem prozentual höchsten Anteil an indigener Bevölkerung. Doch die Situation der indigenen Gruppen und ethnischen Minderheiten in den Philippinen ist prekär: Sie müssen mit Diskriminierung, erschwerem Zugang zu Bildung und schlechter Gesundheitsversorgung sowie Landraub kämpfen. Von vielen für die Philippinen typischen Problemen wie Armut, Umweltverschmutzung, Menschenrechtsverletzungen, Landkonflikte, Bergbaufolgen und Klimawandel sind Indigene besonders betroffen. Anderen droht der Verlust ihrer kulturellen Identität und ihres tradierten Wissens, da diese in der Gesellschaft nicht geschätzt und im Bildungssystem nicht berücksichtigt werden.

Zwar schützen Gesetze Indigene in den Philippinen und sichern soziale, kulturelle und politische Selbstbestimmung. Doch leider klaffen formales Recht und dessen Umsetzung in der Wirklichkeit weit auseinander. Versuchen indigene Organisationen, sich gegen die Bedrohung ihrer Lebensgrundlagen durch die Wirtschaftsinteressen nationaler und internationaler Unternehmen, beispielsweise im Bergbau, und Landraub, zum Beispiel durch Agrobusiness, zu wehren, werden sie oftmals bedroht und eingeschüchtert. In den letzten drei Jahren wurden über 100 Indigene umgebracht, die sich gegen Umweltzerstörung und Großprojekte gestellt hatten. Wichtig angesichts der besorgniserregenden Menschenrechtssituation sind daher unter anderem internationale Lobbystrategien. (Jan Pingel)

Weiter Infos unter:

<http://www.asienhaus.de/stiftung-asienhaus/unsere-arbeit/asientag-zivilgesellschaft-debattiert-aktuelle-entwicklungen/>